

Sperrfrist 15. April 2008, 11.00 Uhr

Klimaschutz, Sicherheit, demographischer Wandel – Wohnungswirtschaft übernimmt Verantwortung

Düsseldorf. Die NRW-Wohnungswirtschaft fordert mehr Augenmaß in der Klimapolitik. „Die Wirtschaftlichkeit von energetischen Investitionen muss gewährleistet bleiben. Unter der Überschrift ‚Klimaschutz‘ wird inzwischen so viel reguliert und vorgeschrieben, dass dabei die Kraft für die eigentlich erforderlichen Investitionen zu schwinden droht“, sagte Burghard Schneider, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungswirtschaft (VdW) Rheinland Westfalen heute (15. April 2008) vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf.

Vor dem für Ende April angekündigten Kabinettsbeschluss über Eckpunkte eines Klimaschutzprogrammes für Nordrhein-Westfalen bot der VdW Rheinland Westfalen der Landesregierung seine Zusammenarbeit an und zog zugleich eine erste Zwischenbilanz für die Wohnungswirtschaft: Seit 1990 haben die 450 Mitgliedsunternehmen des Verbandes bereits mehr als jede zweite ihrer über 1,2 Millionen Wohnungen energiesparend modernisiert. Dadurch werden pro Jahr 1,2 Milliarden Kilogramm des Klimagases Kohlendioxid eingespart. Die Maßnahmen erforderten bisher Investitionen von über 12 Milliarden Euro.

Zunehmend beachten die 450 genossenschaftlichen, kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen im VdW auch das wachsende Sicherheitsbedürfnis ihrer Mieter. Nach einer Trend-Umfrage des Verbandes treten alle Mieter der älteren Generation irgendwann mit Wünschen und Anregungen zur Wohnsicherheit an ihre Vermieter heran, es folgen Familien (61 %) und Alleinerziehende (35 %). Deutlich über 70 Prozent der Mitgliedsunternehmen investieren bereits in die Sicherheit der Wohnungen und Quartiere, ebenso viele arbeiten dazu mit Partnern aus Staat und Gesellschaft zusammen. Verbandsdirektor Burghard Schneider kündigte an, die Ergebnisse im neuen Landespräventionsrat zur Sprache zu bringen: „Kriminalprävention fängt im unmittelbaren Wohnumfeld der Menschen an, und zwar von klein auf.“

Große Sorge äußerte der VdW angesichts der erkennbaren Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Städte und Gemeinden des Landes. Mit Bezug auf ein vom Bauministerium dazu in Auftrag gegebenes Gutachten sagte Verbandsdirektor Burghard Schneider: „Nordrhein-Westfalen wird einen neuen, ungekannten Spannungsbogen beherrschen müssen, der von einem Anspruch auf Entwicklung und Leben im Luxus bis zu dem Anspruch, überhaupt lebenswert überleben zu dürfen, reicht. Das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt in immer weitere Ferne.“ Ohne „gestaltende Maßnahmen der Politik“ seien die Zukunftsprobleme nicht zu lösen.

Ausführliche Informationen und Grafiken zur Pressekonferenz im Netz unter www.vdw-rw.de.